

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

5.2.1919 (No. 31)

Expedition: Karlsruhe, Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Verlagspreis: vierteljährlich 4.75 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren einberechnet, 4.92 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gebaltene Zeile oder deren Raum 25 P. zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Bienenholzwaren zusätzlicher Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abnahme von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Das Wichtigste.

#### Blutige Kämpfe in Bremen.

Die Regierungstruppen sind am Dienstag unter Niederwerfung des kommunistischen Widerstandes in Bremen eingezogen, nachdem es bereits am Montag Nachmittag und Abend zu heftigen Vorkampfegefechten in den Landgemeinden der Umgebung gekommen war, bei denen laut Mitteilung der Stadtkommandantur Bremen 7 Tote auf Seite der Bremer und 12 Tote auf Seiten der Division Gerstenberg und außerdem auf beiden Seiten etwa 40 Verwundete gezählt wurden.

Über die Kämpfe von Dienstag wird unterm 4. Februar gemeldet:

Seit Dienstag früh setzte der Angriff mit allen Mitteln moderner Kriegführung ein. Die Arbeiterschaft verteidigte sich hartnäckig. Starker Geschützbeschuss und lebhaftes Maschinengewehrfeuer rüllte durch die Stadt. Die Straßen und Plätze und das Rathaus sind abgebrannt, wodurch auch der Straßenbahnverkehr teilweise unterbrochen wurde. In der übrigen Stadt blieb der Verkehr relativ gut, bis auf die Zugangsstraßen der Stadt, wo die bewaffneten Arbeitertruppen sich dem Vorrücken der Regierungstruppen entgegenstellten.

Mehrere Granaten schlugen in unmittelbarer Nähe des Domes, der Börse und des Rathauses ein. Das neue Rathaus erhielt Volltreffer durch das Dach, ebenso der Nordturm des Domes in halber Höhe. Eine Granate, die in unmittelbarer Nähe der Börse einschlug, zerstückte durch ihre Splitter sämtliche nach Norden liegenden Fensterscheiben der Arbeitsräume des Börsenbureau's. Gegen 2 Uhr klang das Bombardement ab. Während dieser Zeit sah man die ersten Verwundeten in das Rathaus tragen. Eine weitere Anzahl Schwerverwundeter, sollte, wie berichtet wird, im Rathaus liegen. Über die weiteren, zweifellos beträchtlichen Verluste ist nichts Näheres zu erfahren. Gegen 3 1/2 Uhr herrschte Ruhe.

Wie wir weiter hören, hat die Arbeiterpartei in den ersten Nachmittagsstunden den Kampf als ausichtslos eingestuft und den Rückzug auf Gröden angetreten. Einzelne Trupps verteidigten sich noch todesmüdig in dem Innern der Stadt und an den Brückenübergängen. Verhandlungen wurden angestrebt.

Um 4 Uhr setzte das Bombardement mit alter Stärke wieder ein. Die Arbeiter hielten die Übergänge der Weser.

Nach einer Waffenstillstandspause von ungefähr 1 1/2 Stunde setzte der Kampf gegen 5 Uhr wieder auf. Schwere Kanonenschüsse und heftige Artilleriebeschüsse wurden abgefeuert. Inzwischen entfaltete das rote Kreuz eine rege Tätigkeit. Im Rathaus wurden fortwährend Verwundete eingeliefert.

Um 6 Uhr erreichte als erstes von den Regierungstruppen das Bremer Freiwilligenkorps unter lauten Jubel, von der Weserbrücke kommend, den Marktplatz und nahm vom Rathause Besitz. Die umliegenden Gebäude wurden sofort von einer Patrouille einer Unterabteilung untersucht. Dann erfolgte der Einzug der Geschütze, Maschinengewehre und Panzerwagen, die auf dem Marktplatz aufzuziehen.

Kurz darauf ließ der Dom sein Geläute zu Ehren der Gefallenen erklingen, gleichzeitig aber auch, um der Bevölkerung anzuzeigen, daß die Gewaltthätigkeit der Kommunisten in Bremen ihr Ende erreicht habe. In der Stadt wurde ein Aufruf der provisorischen, von 5 Mitgliedern der Mehrheitsparteien unterzeichneten Regierung durch Extrablatt verbreitet.

Nach weiteren Meldungen aus Bremen wurden bis gestern abend 23 Tote und 46 Verwundete als Opfer der Straßenkämpfe gezählt.

#### Sperrung des Hamburger Zugverkehrs.

Im Laufe des gestrigen Tages waren 1500 Sicherheitsmannschaften marschbereit gemacht zur Hilfeleistung in Bremen. Als sie um 5 Uhr nachmittags auf dem hannoverschen Bahnhof ankamen, um den Zug zu bestiegen, wurde ihnen erklärt, daß das Bahnpersonal den Dienst verweigert habe und infolgedessen der Transport nicht abgefahren werden könne. Es wurde dann noch mit der Eisenbahndirektion in Altona verhandelt, was aber zu keinem Ergebnis führte. Die Maßnahmen der Eisenbahndirektion hatten zur Folge, daß der Betrieb auf sämtlichen Bahnhöfen ruhte und Platane angehängt wurden: „Verkehr bis auf weiteres geschlossen“. Weitere Maßnahmen wird der Soldatenrat von den Nachrichten abhängig machen, die aus Bremen kommen. Hierin wird es auch abhängen, ob die von der Luftwaffe angebotenen Leute für die Volkswehr eingeleitet, bewaffnet und in Dienst gestellt werden.

#### Ein Protest von Schweizern gegen die Hungerblockade.

Nach der „Münchener Zeitung“ haben die in München lebenden Schweizer in einer stark besuchten Versammlung beschlossen, gegen die Fortsetzung der Hungerblockade in einer Kundgebung zu protestieren, da jene ein völkerrechtswidriges Akt darstelle. Es wurde ein Aufruf in Aussicht genommen, der den Text der abzuhaltenden Protestkundgebung vorbereitet und diese persönlich dem Schweizerischen Bundesrat in Bern überreicht. Darüber hinaus soll diese Kundgebung an die Presse aller Länder geleitet werden, damit alle Völker von dem grausamen Vorgehen, das in erster Linie Greise, Kranke und Kinder trifft, Kenntnis erhalten.

### \* Vom Tage.

(Die Bremer Vorgänge und die Nationalversammlung. — Differenzen in der badischen Regierung? — Zum Streit um den Exkaiser.)

Die Straßenkämpfe in Bremen, die mit dem Siege der Regierungstruppen endeten, bildeten einen überaus charakteristischen Auftakt zu der morgen stattfindenden Eröffnung der deutschen Nationalversammlung. Zeigen uns die Bremer Vorgänge doch am allerklarsten und am allerbedeutsamsten, vor welcher schweren Aufgabe das erste legale Parlament der deutschen Republik gestellt ist. Andererseits haben die Ereignisse in Bremen insofern etwas Verheißungsvolles an sich, als sie mit einem entscheidenden Waffenerfolg der Regierung abschließen und so die Hoffnung rechtfertigen, daß es auch in Zukunft gelingen wird, der Hydra der Anarchie und des Verbrechertums die Köpfe abzuschlagen.

Es wird sich nun fragen, inwieweit das Geld des russischen Volksevidenzfonds ausreicht, um neue Gewalttätigkeiten der Spartakusgruppen in anderen Städten hervorzuwachen. Möglich ist ja, daß die Niederwerfung der Spartakusaufstände in Berlin, Wilhelmshaven und Bremen auf die verbrecherische Tatkraft der kommunistischen Partei lähmend einwirken wird. Aber wir tun doch klüger, wenn wir uns auf das Gegenteil einrichten, das heißt, wenn wir heute schon damit rechnen, daß es wahrscheinlich notwendig sein wird, in allen Städten, wo der Terror der Spartakusleute herrscht, die Herrschaft der gesetzlichen Gewalt wieder herzustellen und sie durch die Organisation einer ausreichenden Bürger- und Volkswehr vor neuen Umsturzversuchen sicher zu stellen.

Die Nationalversammlung wird bei diesen Maßnahmen eine entscheidende Rolle zu spielen haben. Ihre Pflicht ist es, den Willen des deutschen Volkes so schnell und so klar wie möglich zu formulieren und der augenblicklich amtierenden oder einer neu zu bildenden Reichsregierung die nötige Autorität zu verleihen, die sie in den Stand setzt, getragen von dem Vertrauen des Volkes, für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Selbstverständlich wird diese rein sachliche Frage aber sofort zu einer Personenfrage, da alles darauf ankommt, die Regierungsgewalt in die Hände der richtigen Männer zu legen, das heißt solcher Männer, die fest auf dem Boden der revolutionären Errungenschaften stehen, die aber auch genügend Energie besitzen, um diese Errungenschaften gegen jeden bolschewistischen Terror zu verteidigen, und zwar so zu verteidigen, daß dieses ganze verbrecherische Mitten nunmehr endlich völlig aufhört. Die Fraktionen der Nationalversammlung beschäftigen sich heute bereits mit diesen Fragen. Hoffentlich wird in allen Sitzungen die Erkenntnis, daß es rasch und tatkräftig zu handeln gilt, förderliche Beschlüsse zeitigen.

Die Bildung einer neuen Reichsregierung wird, parteipolitisch betrachtet, an sich nicht schwer sein, da Sozialdemokraten und Demokraten Berührungspunkte genug haben, um von sich aus eine wirklich leistungsfähige Regierung zu begründen. Über die Mehrheit verfügen die beiden Parteien ohnehin; sie könnten diese Mehrheit aber auch noch erweitern, da sich die Zentrumspartei zur Mitarbeit angeboten hat. Bis heute läßt sich noch nicht sagen, ob Sozialdemokratie und Demokratie von diesem Angebot Gebrauch machen werden.

Die Erfahrungen, die wir augenblicklich in Baden machen, wo der eventuelle Rücktritt der beiden der vorläufigen Volksregierung angehörigen Vertreter des Zentrums wegen parteipolitischer Zwistigkeiten zwischen ihrer Partei u. den Sozialdemokraten angekündigt wird, sind nicht gerade geeignet, eine Zusammenarbeit zwischen den drei großen Parteien zu empfehlen. Dabei darf auch nicht vergessen werden, daß bereits bei den Wahlen im Reich und in den süddeutschen Freistaaten Sozialdemokratie und Zentrum sich mit ganz außergewöhnlicher Leidenschaft bekämpft haben. Auf der anderen Seite dürfen wir nicht verkennen, daß doch auch das Zentrum in seiner erdrückenden Mehrheit gewillt ist, ehrliche demokratische Politik zu treiben, und daß die vorläufige Volksregierung in Baden, die von Sozialdemokraten, Zentrumslenten und Demokraten gebildet wird, bis jetzt in erkenntlich einmütiger Weise zum Besten des Landes gearbeitet hat. Was also die Lage bei uns in Baden betrifft, so wäre es sicherlich zu bedauern, wenn es tatsächlich zu einer Regierungskrise käme. Die Hoffnung, daß es möglich sein wird, eine solche hintanzuhal-

ten, darf jedoch nicht von der Hand gewiesen werden. Ja, wir haben Grund zu der Annahme, daß die Krisis einstweilen behoben ist, und zwar schon mit Rücksicht auf die Tatsache, daß mehrere Mitglieder der Regierung in Weimar weilen und im Augenblick an derartig bedeutsamen Entscheidungen, wie sie eine faktisch vorhandene Regierungskrise verlangen würde, nicht teilnehmen können.

Die fürstbaren Stürme, die unser Vaterland durchzumachen hat, sollten eigentlich in allen den Erkenntnis festigen, daß die Zeit zu wilden parteipolitischen Kämpfen wenig geeignet ist, und daß es vor allem darauf ankommt, durch Besonnenheit und Verträglichkeit die Grundlagen zu gemeinsamer, treuer Arbeit zu errichten. Infolgedessen sollten Störungen dieses gemeinsamen Arbeitsverhältnisses aller vaterländisch fühlenden Volksgenossen vermieden werden. Eine Störung der Einigkeit erblicken wir unter anderem in der Art und Weise, wie von einzelnen rechtsstehenden Kreisen die Person des Exkaisers in die Debatte gezogen wird. Niemand wird dagegen etwas einzuwenden haben, wenn deutsche Männer und Frauen heute noch auf dem Boden der monarchischen Verfassung stehen und diese ihre Überzeugung offen bekunden. Sie könnten das umso eher tun, als ja selbstverständlich eine Institution nicht allein dadurch diskreditiert werden kann, daß einer ihrer Vertreter völlig verlagte. Wir stehen auf republikanischem Boden, das heißt auf einem Boden, der nun einmal entwicklungsgehistorisch einer modernen Zeit entspricht. Überdies hat sich die Überleblichkeit der Monarchie ja in der ganzen Welt bis zur Evidenz erwiesen. Aber wir wollen es niemandem übelnehmen, wenn er aus sachlicher Überzeugung oder aus Gefühlsgründen heraus auch heute noch für die Monarchie eintritt.

Ganz anders liegen die Dinge aber mit Wilhelm II. Am besten wäre es, wenn man dem Räte der „Frankfurter Zeitung“ folgte und ihn überhaupt in Ruhe ließe. Das ist aber leider anlässlich seines Geburtstages nicht geschehen. Alldeutsche Kreise haben den Exkaiser antelegraphiert und ihrer Ergebenheit in einer Art und Weise Ausdruck gegeben, die für alle republikanisch Denkenden außerordentlich verletzend war und einen Teil der linksstehenden Presse zu sehr scharfen Entgegnungen zwang.

Zweifellos ist sonach eine derartige Beschäftigung mit der Person des Exkaisers heute ebenso unerfreulich wie gefährlich. In den Augen der großen Mehrheit des Volkes besitzt Wilhelm II. rund das Gegenteil von dem, was man Sympathie nennt. Und wenn man auch die Frage der Schuld am Kriege ganz ausschaltet und den Exkaiser glimpflich und gerecht zu beurteilen wünscht, so bleibt doch noch genug übrig, was uns diese Abneigung der großen Mehrheit des Volkes begreifen läßt. Wir wollen Wilhelm II. dem Urteil einer wirklich ehrlichen, das heißt nicht mehr horrissch gefärbten Geschichtsschreibung überlassen. Fortleben wird er ja sicher im Gedächtnis der Völker als ein Herrscher, dem es gelungen ist, die größte negative Kataster Zeiten zu vollbringen, nämlich: ein in seiner erdrückenden Mehrheit monarchisches Volk in 30 Jahren zu einem in derselben Mehrheit anti monarchischen Volke umgewandelt zu haben. Natürlich haben auch manche anderen Momente bei diesem Umwandlungsprozeß mitgesprochen; aber sicherlich hat die Person des Exkaisers und das von ihm inspirierte System das Hauptverdienst daran. Das ist eine Feststellung, die wir hier ganz leidenschaftslos machen, und die jeder ruhig unterschreiben darf, der früher aus einem Gefühl der Überschätzung heraus den monarchischen Gedanken vertrat und es infolgedessen für ganz selbstverständlich erachtete, daß dem Träger der Krone, eben weil er nun einmal der Träger der Krone war, die gebührende Ehrfürcht gezollt wurde. A..

#### Wiederaufnahme der deutsch-japanischen Handelsbeziehungen.

Der „Wasser Anzeiger“ meldet: Eine Kommission japanischer Exporteure ist verflozene Woche von Tokio nach Italien abgereist, um von dort aus Geschäftsverbindungen mit Deutschland und Österreich anzuknüpfen. Wie der Reuterskorrespondent hierzu weiter erzählt, wollen die Japaner nach Deutschland fertige Artikel und von Rohstoffen hauptsächlich Kupfer liefern. Dadurch wird auch die Frage der Aufrechterhaltung der, deutschen Kupferkontrakte in Amerika wieder akut. Japan erachtet von Deutschland Chemikalien, Arzneimittel und elektrische Artikel.

## Badischer Teil.

•• Nach Besetzung des Kehler Brückenkopfes durch die Franzosen liegen nunmehr Appenweier und Offenburg innerhalb der neutralen Zone; die Städte Kchern und Oberkirch fallen dagegen nicht in die neutrale Zone.

•• Auf den deutschen Antrag bezüglich Befassung der nach dem 1. August 1914 in die neutrale Zone zugezogenen, entlassenen Heeresangehörigen ist von der Entente entschieden worden: Die Befassungsarmeen sind angewiesen, Gesuche um Aufenthalt von Entlassenen in der neutralen Zone, die vor dem 1. August 1914 dort nicht anständig waren, zu genehmigen, falls sie durch wirtschaftliche Verhältnisse gerechtfertigt erscheinen. Die weitere Regelung der Angelegenheit wird durch den Abschnittskommandeur V in Karlsruhe im Benehmen mit der französischen Militärbehörde veranlaßt.

•• Die bisherigen Prorektoren der Landesuniversitäten Heidelberg und Freiburg führen künftig die Amtsbezeichnung Rektor. Das Amtsjahr des Rektors der Universität Freiburg beginnt, wie bisher, jeweils am 15. April. Das Amtsjahr des Rektors der Universität Heidelberg beginnt künftig jeweils am 1. Oktober. Die Amtszeit des gegenwärtigen Rektors der Heidelberger Universität ist bis 1. Oktober 1919 verlängert worden.

•• Nach Mitteilung des Generalkommandos des XIV. Armeekorps finden auf Anordnung des Kriegsministeriums bis auf weiteres keine Pferdeverbesserungen bei den Truppenteilen mehr statt. Die Truppen haben vorerst ihren Bestand an Pferden aufzufüllen und sind angewiesen, Pferde, welche sie nicht gebrauchen können, der Landwirtschaftskammer anzubieten.

### Sammlung von Geldspenden.

•• Dem Verein der Rückwandererhilfe — E. V. — Berlin W. 35, am Karlsbad 29 II, hat das Ministerium des Innern die öffentliche Sammlung von Geldspenden zur Linderung der Not der aus dem Ausland nach Deutschland zurückkehrenden Reichsdeutschen bis 1. September 1919 gestattet. Die Sammlung darf nur durch Werbung mit Anschriften, nicht aber von Haus zu Haus oder auf der Straße stattfinden und nicht vor dem 1. März 1919 begonnen werden.

### Lebensmittelversorgung der Schwer-,Schwerst- und Rüstungsarbeiter.

•• Mit der Demobilisierung ist der Grund für die Sonderstellung der Rüstungsarbeiter in Wegfall gekommen. Auch die Arbeiterschaft sieht auf dem Standpunkt, daß eine Bevorzugung der bisherigen Rüstungs-, Schwer- und Schwerarbeiter in der Lebensmittelversorgung nicht mehr berechtigt ist. Diesen Verhältnissen Rechnung tragend, hat das Reichs Ernährungsamt die Einstellung der besonderen Industrieration angeordnet. Die Fettlieferungen sind mit dem 15. Dezember 1918 bereits zu Ende gegangen, auch die Nährmittelbelieferung hat bereits aufgehört. Mit Ablauf des Monats Januar erfolgen auch keine weiteren Zuweisungen mehr für die Belieferung der Rüstungsarbeiter mit Fleisch. Die Sonderversorgung der Bergarbeiter, der Innenschiffer und der Schwer- und Schwerstarbeiter bei der Eisenbahn dagegen besteht nach einer Anordnung des Reichs Ernährungsamts im bisherigen Umfang zunächst noch weiter. Die bisher als Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen gegebenen Rationsmengen werden den Kommunalverbänden weiter geliefert. Die Rationsmengen können nach Ermessen des Kommunalverbandes vermindert werden zur Erhöhung

### Einakterabend im Städtischen Konzerthaus.

Der „Mitarbeiter“ von Bruno Ertler ist die dramatische Auswertung eines glücklichen Einfalls. Der literarische Mitarbeiter an dem dramatischen Gewächs des Schriftstellers Dr. Robert Kröner — der junge Hans Joachim Brand, der noch eine Brust voll blühender Ideale hat, ist auf dem besten Wege, seine Mitarbeit auf die junge Ehe seines Kollegen auszugeben. Er fühlt sich berufen, der jungen Frau ein Führer zu sein aus den Krümmungen ihres ehelichen Glückes. Sie soll hoch hinaus ins Gebirge, soll dort in der Einsamkeit sich innerlich befreien von ihrem treulosen Gatten, und soll dort den Weg zu ihm finden, der sie mit seiner ganzen jungen, blonden, liebesunerfahrenen Treue liebt. Aber das junge Frauchen, das sich gerne eine Weile in dem rosigen Schein einer so süßen Liebesromantik sonnt, fürchtet die Einsamkeit und zieht es vor, mit einer lustigen Gesellschaft in Begleitung ihres Gatten im Auto ans Meer zu fahren. Der Reiz der kleinen Komödie beruht darin, daß die leidenschaftlichen Liebesausbrüche des Mitarbeiters, ja sein ehrliches Geständnis: „ich liebe Ihre Frau“, von dem ahnungslosen Gatten auf die gerade bearbeitete Szene bezogen werden, zwar mit recht kritischer Ungläubigkeit von seinem Standpunkt des in allen Liebesaffären bewanderten Weltmannes, aber auch andererseits mit dankbarem Sinn für die effektvolle Weiterführung des schon ziemlich festgehenden Dramas. Und so spinnen sich unsichtbare Fäden feiner Gummis von Person zu Person. Und diese Fäden werden lebendigen, bald leidenschaftlich ausbrechenden, bald Spiel und Wirklichkeit durcheinander wirbelnden Dialogs immer wieder aufzufangen, zu verschlingen und zu entwirren, gelang den Herren Giffel (Dr. Kröner) und Gaff (Hans Joachim Brand) und Fräulein Holm (Kröners Gattin) ganz meisterhaft. Herr Ertler spielte den leichtsinnigen, immer auf dem Pfade der Liebe verweilenden Gatten mit herzerweichender Natürlichkeit, Herr Baß, der sich immer mehr als eine sehr erfreuliche Bereicherung unseres Ensembles erweist, den deal veranlagten jungen Dichter mit der ganzen Leidenschaftlichkeit und Schwermut des unglücklich Liebenden, Fräulein Holm die junge Frau mit ihrem feinen Instinkt, der

der allgemeinen Brottration, zu Zulagen für Kinder, Kranke, werdende und stillende Mütter, gegebenenfalls auch für Bildung einer Reserve für Notstände.

### Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen.

•• Spekulant versuchen im Ausland, insbesondere Holland, auf eigene Faust Lebensmittel, Stoffe und dergl. zur Ausfuhr für die erste Zeit nach Friedensschluß aufzukaufen. Das Allgemeininteresse verlangt jedoch, daß diese Aufgabe von den berufenen, in langjähriger Friedensarbeit bewährten Vertretern des Einfuhrhandels gelöst wird. Das Ministerium des Innern hat deshalb die Bezirksämter angewiesen, vor Erteilung der Rasse mit tunlichster Beschleunigung eine Äußerung der zuständigen Handelskammer einzuholen, wenn Bedenken in der angegebenen Richtung nicht ausgeschlossen sind.

### Verordnung über Wochenhilfe.

•• Durch die Verordnung vom 21. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1467) ist die Wochenhilfe auch für solche Entbindungsfälle geregelt worden, die erst binnen sechs Wochen nach der Dienstentlassung des Kriegsteilnehmers eintreten und zwar mit Rückwirkung für Entbindungsfälle innerhalb der letzten zwölf Wochen, vor dem Verlobungstage, mithin vor dem 27. Dezember 1918. Für die weiter zurückliegenden Entbindungsfälle gilt nach wie vor der Grundsatz, daß der Anspruch auf Wochenhilfe nur gegeben ist, wenn das Kind während der Zeit der Kriegsteilnahme des Vaters geboren ist. Um aber gewisse Härten, die sich bei einer allzustrengen Handhabung dieser Regel herausstellen, zu vermeiden, darf nach den Grundfahen des Reichsversicherungsamts Ehefrauen von Kriegsteilnehmern die Kriegswochenhilfe auch für eine mäßige, den jeweiligen Umständen des Falles entsprechende Zwischenzeit zwischen dem Austritt aus dem Heere und der Möglichkeit der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit gewährt werden. Der Hauptgrund für die Gewährung der Wochenhilfe aus Reichsmitteln besteht darin, daß der Ehemann durch den Kriegsdienst verhindert ist, seiner Familie selbst beizustehen. Diese Behinderung durch den Kriegsdienst dauert aber jedenfalls mittelbar so lange, bis der Ehemann eine berufliche Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Da die in Betracht kommende Verordnung wohlwollend auszulegen ist, darf die Kriegswochenhilfe auch für diese Zeit weiter gewährt werden.

### Von der badischen Nationalversammlung.

• Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Neue Züricher Zeitung“ einen interessanten Stimmungsbericht ihres badischen Korrespondenten, dem wir folgendes entnehmen:  
„Nun hat zum erstenmal die Eröffnung der badischen Parlaments tagungen ohne die allhergebrachten höfischen Formen, mit denen sonst das Ereignis sich vollzog. Kein Hofmarschall klopfte mit seinem Stok auf den Boden im Ständehaus, um das Rahen der hohen Herrschaften zu ver kündigen. Ganz ohne jedes Zeremoniell, völlig einfach, schlicht und schmucklos nahm bei der Eröffnung der badischen Nationalversammlung alles seinen Gang. Und doch hat gewiß jeder, der ihr beiwohnte, den Eindruck der Würde und des Ernstes empfunden. Ein wesentliches Verdienst daran gebührt der einbreutsvollen Rede des Ministerpräsidenten Geiß. Von ein paar Wendungen abgesehen, hat dieses sozialdemokratische Haupt der provisorischen badischen Regierung, dessen äußere Erscheinung bürgerliche Behäbigkeit ist, so gesprochen, wie jeder gute Demokrat bei solchem Anlaß auch gesprochen haben würde. Die Rede war nicht nur ein Bekenntnis zur Freiheit, was ja zurzeit in Deutschland und bei der Parteiangehörigkeit des Redners erst recht selbstverständlich ist, sondern auch des feststen Willens zur Ordnung. Sie berührte zugleich sympathisch durch die Wärme des nationalen Tones, den sie anschlug. Sie war eine entschiedene Kundgebung für das Reich und seine Einheit. Der große städtische Mann, der da vorn an der Ministerbank stand, hat mit der Würde und dem schwingungsvollen Ernst seiner Sprache nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Regierung und die neue badische Republik gut repräsentiert.  
Der 15. Januar wird in der Geschichte des badischen Volkes für alle Zeiten ein Markstein sein. Aber auch über unsere Grenzen hinaus. Zum erstenmal ist mit der badischen Nationalversammlung auf deutschem Boden ein vom Volk gewähltes Parlament zusammengetreten, um die Arbeit des Aufbaus des neuen Staates auf dem Boden der Freiheit und der Republik in die Hand zu nehmen. Zum erstenmal tritt hier nun an die Stelle der Gewalt, welche den alten Staat umgeworfen hat, aber kein Neues zu schaffen vermag, die gewählte Ver-

tretung des ganzen Volkes, herborgegangen aus ordnungsgemäß vollzogenen Wahlen und berufen von ihm, um das neue Haus zu erstellen, in dem es künftig wohnen soll. So hat der Tag der Eröffnung der badischen Nationalversammlung seine Bedeutung für ganz Deutschland. Würde sein würdiger guter Verlauf eine gute Vorbedeutung auch für das ganze Vaterland sein!“

### Das Verhältnis von Staat und Kirche.

•• Der Verfassungsausschuß der badischen Nationalversammlung setzte gestern vormittag die Generaldebatte über den § 1 des Verfassungsentwurfs betr. Kirche und Staat fort. Von sozialdemokratischer Seite wurde dabei betont, daß die Sozialdemokraten die Aufnahme eines prinzipiellen Satzes über die Trennung von Kirche und Staat in die Verfassung nicht für nötig erachten, zumal ein solcher Satz ganz verschieden ausgelegt werden könne. Dagegen lege die Sozialdemokratie prinzipiellen Wert auf die rechtliche Gleichstellung aller kirchlichen und religiösen Gemeinschaften. In der weiteren Aussprache wurde die vom Zentrum eingebrachte Forderung des Nachweises eines irgendwie formulierten Bekenntnisses von der demokratischen Fraktion abgelehnt. Gegen die völlige Beseitigung jedes staatlichen Einflusses, z. B. bei der Errichtung von Klöstern, Schaffung von Konfessionsschulen und dergl., werden von demokratischer Seite aus wirtschaftlichen Gründen Bedenken geäußert unter entschiedener Ablehnung jeglicher Kulturkampfpläne. Ein sozialdemokratischer Redner kritisiert die bisherige Behandlung der Mannheimer freireligiösen Gemeinde seitens des Staates. Er betont ferner, daß jede staatliche Verbundung der religiösen Selbstverwaltung beseitigt werden müsse. Ein Zentrumredner stimmt dem zu.  
Der letzte Abschnitt des § 18 gibt noch zu einer eingehenderen Aussprache Anlaß. Es wird darin gesagt: „Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken sind unzulässig. Soweit nicht rechtsschützliche Verpflichtungen bestehen. Von einem demokratischen Redner wird darauf hingewiesen, daß die weitestgehende kirchliche, Liebes- und Fürsorgetätigkeit, konfessionellen Werken entpungen, doch auch jenseit interkonfessionell, dem Staat bezug. Volk zugute komme. Er erwarte, daß bis 1924 unangetastet die Staatsdotations gewährt werde und daß die Verfassung auch für späterhin ihre Gewährung bezug. Beantworte wenigstens ermögliche. Mit 14 Stimmen gegen sieben (sozialdemokratischen) Stimmen wird die Streichung des Schlusssatzes des § 18 beschlossen.“

In der Nachmittags Sitzung entspann sich eine lebhafte Aussprache über den Abs. 3 des § 18, welcher in der Regierungsvorstellung lautet: „Jede kirchliche und religiöse Gemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten frei und selbständig im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetzgebung. Hierzu lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, in welchem gefordert war, das Staatsministerium stelle auf Antrag einer kirchlichen oder religiösen Gemeinschaft fest, von wann an ihre die Körperschaftsrechte zustehen. Ferner war in dem Antrag die Bedingung für das Selbstbestimmungsrecht der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften niedergelegt. Bei der Abstimmung wurde der Abs. 3 in der Fassung der Regierungsvorstellung mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt und diesem Absatz folgende Fassung gegeben: „Alle staatlich anerkannten kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind rechtlich gleichgestellt und ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten frei und selbständig.“ Mit 20 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.) „Kirchliche und religiöse Gemeinschaften, die nach ihrer Verfassung und der Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten und deren Ziele dem Staatsinteresse nicht zuwiderlaufen, müssen durch das Staatsministerium als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt werden und haben ab dann das Recht der Selbstbestimmung nach Maßgabe der Landesgesetze.“ (Mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen.)

Der Abs. 4 des § 18 (Kirchengut usw. darf seinen Zweck nicht entgegen werden) wurde durch einen kleinen Änderungsantrag angenommen. Als letztes Thema des § 18 steht jetzt noch die Patronatsfrage zur Besprechung. Ein Vertreter des Ministeriums des Kultus und Unterrichts erbatte einen einseitigen Bericht über die Geschichte der Patronatsrechte. Die Beratung hierüber wird am Mittwoch fortgesetzt.

### Die Franzosen verlangen den Kehler Rheinhafen.

Die „Straßburger Neue Zeitung“ gibt für die Besetzung von Kehl und Umgebung durch die Franzosen folgende Gründe an: „Die Besetzung erfolgte in erster Linie aus militärischen Gründen: mit der zunehmenden Reorganisation Deutschlands bedarf die Festung Straßburg einer größeren Sicherung als bisher, und das mindeste, was verlangt werden muß, ist die Einnahme des gesamten Fortgürtels. Es darf nicht verkannt werden, daß sich in Kehl in den letzten Wochen der Ausgangs-

sie trotz Liebelei und Verstimmung dennoch den für sie besten Entschluß fassen und weiter auf dem Pfade der Tugend wandern läßt.

In Eugenjewits „Provincialin“ triumphiert die fähle Klugheit der immer noch schönen Frau über die lächerliche Eitelkeit eines alten verliebten Geden. Die Darja Iwanowna, obwohl an einen kleinen Beamten verheiratet, obwohl jahrelang in der Provinz lebend, ohne geistige Anregung, läßt ihre Kräfte mit den kleinen, ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf eine Art spielen, wie es eine Dame der großen Gesellschaft nicht raffinierter fertig brächte. Es ist der angeborene Instinkt der Frau, die die Schwächen des Mannes mitteilt. Mit geschickter Hand, nach sorgfältig erwogenem Plane, wirft sie ihre Weisheit aus, in denen sich der alte Gimpel verfangt. Dieser Graf Lubin, der in der vornehmen Petersburger Gesellschaft zu Hause ist, dem die Verführungskünste einer schönen Frau von Grund aus vertraut sind, fällt auf das bishigen Französisch auf das dürftige Gellimper am Klavier, auf diese kleine Kunst der Konversation, auf die heraufbeschworenen, verblühten Erinnerungen an einstige verliebte Stunden herein, verzückt sich soweit, daß er von Liebe spricht und diese seine Gefühle durch einen Kniefall bekräftigt. Und in diesem Augenblick setzt die kluge Frau das heisersehnende und jetzt glücklich erreichte Ziel ihres Gatten der Lächerlichkeit preisgibt. Aber Lubin ist großmütig und nimmt das einmal gegebene Versprechen nicht zurück. Frau E m a r t h verlor die Provinzialin mit einer fabelhaften Sicherheit und bewundernswürdigen Überlegenheit, dirigierte das ganze Haus mit einem Blick und umschiedete sich mit einer Anmut und edlen Würde, die Achtung u. neue Liebe in ihrem einstigen Freunde wecken mußte. Herr G o d e r spielte den Grafen Lubin mit vornehmer Haltung, charmanter Lieblichkeitswürdigkeit und ritterlicher, wenn auch gefälschter Verliebtheit der schönen Frau gegenüber, den andern Mitgliedern des Hauses gegenüber war er herablassend und arrogant. Den misstrauischen, eiferfüchtigen Alexei Iwanowitsch zeichnete Herr Trauschen mit scharfen Strichen. Den jungen Mißde staltete Herr G a f t mit weichen sympathischen Zügen aus. Frau P i z als handfeste Köchin, Herr G e m m e d e als sehr von sich überhöchener Kammerdiener Jean und Herr M ü l l e r als Diener

sorgten dafür, daß auch die derbere Komik zu ihrem Rechte kam.

Den Beschluß des Abends bildete Kurt Schnitzlers „Literatur“, ein ganz reizendes Lustspiel. Der Dialog sprühend von Geist und Wit, die Handlung meisterhaft angelegt und spannend, die Personen klar und scharf charakterisiert. Es ist ganz in die Hand der Künstler gegeben, aus diesen lebensnahen Szenen von Liebe und Eifersucht ein kleines Meisterwerk zu gestalten. Und dieses Werk wurde bei der geistigen Aufführung nahezu erreicht, denn Fräulein P o o r m a n n, wenn auch keine vorbildliche Schnitzler-Spielactin, fand sich mit ihrer Rolle doch im ganzen sehr gut ab. Bei aller Eleganz der Erscheinung ließ ihr Benehmen doch immer wieder in mehr oder weniger diskreter Weise die Vergangenheit dieser jungen Dame durchblicken, die sich einst in Münchener Künstlerkreisen zweiten Ranges recht wohl gefühlt hatte. Mit einem leichten Anflug von Bläuertheit, elegant und weltmännisch, gutmütig und aufrichtig gab Herr B ü r l e r den jungen Baron. Eine prächtige Leistung bot Herr G e r z als Gilbert, von edlem, warmem Gefühl durchströmt, von köstlichem Humor durchsonnt.

Die Art und Weise, wie Herr Baumhach die drei Einakter in Szene gesetzt hatte, verriet die gewandte, bühnenkundige Hand. Die Ausstattung erfreute durch Sorgfalt und Pracht. Das Zusammenspiel war sicher, das Tempo flott. Die drei Akteure bedeuten eine begrüßenswerte Bereicherung des Spielplans. Das Publikum war mit seinem Beifall viel zu zurückhaltend. Hugo Kaller.

### Zeitschriftenschan.

Im Januarheft von „Kunst und Künstler“ (Verlag Bruno Cassirer) steht sich Karl Schöffler in seiner unerbittlichen Weise mit der Kunst Oskar Kokoschtsas auseinander. Seine Art der Wertung kommt zu anderen Resultaten, als alle anderen Kritiker, die bisher das Wort genommen haben. Letzteres ist in demselben Heft ein Überblick der dänischen Malerei im 19. Jahrhundert. Und besonderer Hinweis verdient auch ein Aufsatz von Otto Hoff über die Anfänge der deutschen Landschaftskunst zur Zeit Albrecht Dürers. Alle diese Aufsätze sind reich illustriert. Im Rotzenteil fällt eine längere Abhandlung auf über das bekannte Italien-Buch Karl Schöfflers von Dr. Hartlaub, weil darin Grundfähigkeiten gelehrt werden ist.



